

231369-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Softwareprogrammierung und -beratung – Leistungen zur Realisierung und zum Betrieb eines Verkehrsmanagementsystems mit Strategiearbeitsplatz für die zukünftige Verkehrsmanagement- und Tunnelleitzentrale Baden-Württemberg
OJ S 66/2026 03/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen - Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg

E-Mail: Registratur5@vm.bwl.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Leistungen zur Realisierung und zum Betrieb eines Verkehrsmanagementsystems mit Strategiearbeitsplatz für die zukünftige Verkehrsmanagement- und Tunnelleitzentrale Baden-Württemberg

Beschreibung: Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (VM) erfüllt gem. § 53a Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Straßengesetzes Baden-Württemberg „landesweit zentral wahrzunehmende Aufgaben im Straßenwesen“ u.a. • „Verkehrsmanagement“, • „Planung, Bau und Steuerung von verkehrsbeeinflussenden Anlagen“, • „betriebstechnische Überwachung der Tunnelanlagen“, • sowie den hierfür notwendigen „Aufbau und Betrieb der Verkehrs- und Tunnelleitzentrale“, im Bereich der Straßen in der Baulast des Landes oder des Bundes. Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages plant das VM derzeit neben dem Aufbau einer Verkehrsmanagementzentrale (VMZ), auch die Umsetzung und Implementierung eines Verkehrsmanagementsystems (VMS BW) als zentrales operatives System für das dynamische regionale Verkehrsmanagement. Mit dem vorliegenden Vergabeverfahren werden die Herstellung von IT-Komponenten bestehend aus einem „Verkehrsmanagementsystem“ mit einem „Strategiearbeitsplatz“ für das geplante VMS BW sowie der Betrieb der hergestellten /erarbeiteten IT-Komponenten durch den Auftragnehmer sowie die Überlassung der IT-Komponenten zur Nutzung durch den Auftraggeber vergeben.

Kennung des Verfahrens: 4371fdef-355a-4b8b-bbaa-4ffb4dec2c2a

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72200000 Softwareprogrammierung und -beratung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 48000000 Softwarepaket und Informationssysteme

2.1.2. Erfüllungsort

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Für die Zuschlagserteilung werden nur Angebote berücksichtigt, die nicht

nach den §§ 123 oder 124 GWB ausgeschlossen worden sind. Zum Beleg, dass die

Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB, § 19 Abs. 3 MiLoG, § 21 Abs. 3 AEntG und § 98c des Aufenthaltsgesetzes nicht vorliegen, hat das interessierte Unternehmen mit dem

Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärungen vorzulegen: 1. Eigenerklärung im Sinne von § 19 Abs. 3 MiLoG, § 21 Abs. 3 AEntG und § 98c des Aufenthaltsgesetzes nach Formblatt Anlage T06_VMS_BW_Erklärung_Ausschlussgründe_MiLoG_AEntG_Aufenthaltsgesetz, 2.

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 GWB nach

Formblatt Anlage T07_VMS_BW_Erklärung_Ausschlussgründe_§ 124 Abs 1 Nr 1 und 3 GWB und 3. Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 Abs. 1 bis 3 GWB, § 123 Abs. 4

GWB und § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB nach Formblatt Anlage

T05_VMS_BW_Erklärung_Ausschlussgründe § 123 GWB und § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB . Nach

Art. 5 k) VO (EU) 833/2014 ist die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen, die

ihren Sitz in Russland haben oder einen anderweitigen dort genannten Bezug zu Russland

aufweisen, angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

seit dem 09.04.2022 verboten. Die Bewerber haben daher die „Eigenerklärung zu einem

Bezug zu Russland nach Art. 5 k) VO (EU) 833/2014“ nach dem Formblatt Anlage

T08_VMS_BW_Erklärung_Russlandbezug mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Angebote

von Bewerbern, die einen in Art. 5 k) VO (EU) 833/2014 genannten Bezug zu Russland

aufweisen, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Bei Bewerbergemeinschaften

sind diese Erklärungen von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Realisierung und Betrieb eines Verkehrsmanagementsystems mit Strategiearbeitsplatz

Beschreibung: Mit dem vorliegenden Vergabeverfahren werden die Herstellung von IT-

Komponenten bestehend aus einem „Verkehrsmanagementsystem“ mit einem

„Strategiearbeitsplatz“ für das geplante VMS BW sowie der Betrieb der hergestellten

/erarbeiteten IT-Komponenten durch den Auftragnehmer sowie die Überlassung der IT-

Komponenten zur Nutzung durch den Auftraggeber vergeben.

Interne Kennung: LOT-0001 E86331758

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72200000 Softwareprogrammierung und -beratung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 48000000 Softwarepaket und Informationssysteme

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Auftraggeber hat das Recht, auf Abruf gesonderte Stundensatzleistungen für projektbegleitende Tätigkeiten, die nach anzubietendem Stundensatz vergütet werden, abzurufen.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lautenschlagerstraße 17

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70173

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 02/11/2026

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber haben zum Beleg ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit mit ihrem Teilnahmeantrag durch Eigenerklärung einen Mindestjahresumsatz in Höhe von netto 3.000.000,00 Euro im Durchschnitt der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre nachzuweisen. Für die Eigenerklärung ist der Abschnitt 1.1 der Datei „Formblatt T03: Eigenerklärung wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ auszufüllen. Bei Bewerbungsgemeinschaften muss jedes Mitglied die eigenen Umsatzzahlen angeben. Dabei müssen entweder die Mitglieder gemeinsam oder ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft allein die Anforderung an den vorgenannten Mindestumsatz erfüllen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber haben zum Beleg ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit mit dem Teilnahmeantrag den Nachweis über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von jeweils je Schadensfall 2.500.000,- Euro für Vermögensschäden und 5.000.000,- Euro bei Personen- und Sachschäden sowie einer jährlichen Deckung in Höhe von 5.000.000,- Euro bei Vermögensschäden und 10.000.000,- Euro bei Personen- und Sachschäden durch Vorlage einer Kopie der jeweiligen gültigen Versicherungspolice als Bescheinigung nachzuweisen. Alternativ hat der Bewerber/das Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft sich zu verpflichten, im Auftragsfalle die den vorgenannten Mindestdeckungssummen entsprechende(n) Versicherung(en) für die Vertragsdauer inkl. Gewährleistungszeit abzuschließen (die Verpflichtungserklärung erfolgt auf dem Formblatt „T03b Eigenerklärung Versicherungsnachweis“; für diesen Fall ist die Bestätigung des Versicherer vorzulegen, dass

dieser zum Abschluss der entsprechenden Versicherung für den Bewerber/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereit ist. Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber haben in einer Eigenerklärung, die unter Verwendung des Formblatts in der Datei „T03a_Eigenerklärung technische und berufliche Leistungsfähigkeit“ zum Teilnahmeantrag abzugeben ist, nachzuweisen, dass die Zahl ihrer Beschäftigten (festangestellte Vollzeitkräfte), die über eine Qualifikation mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss aus den Bereichen der MINT-Studiengänge verfügen, in den letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahren mindestens 20 pro Jahr betragen hat. Als Vollzeitkraft werden Beschäftigte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 38 Stunden anerkannt (Vollzeitäquivalent – VZÄ), Teilzeitkräfte sind entsprechend umzurechnen. Bei Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Anzahl der eigenen Beschäftigten (in VZÄ), die über die geforderte Qualifikation verfügen, angeben. Dabei müssen entweder die Mitglieder gemeinsam oder ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft allein die Anforderung an die vorgenannte Mindestanzahl erfüllen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber haben drei Referenzprojekte nachzuweisen, die bestimmte Mindestanforderungen zu erfüllen haben. Bewerber haben eine Eigenerklärung unter Verwendung des Formblatts „T02_Eigenerklärung zu Referenzen des Bewerbers“ sowie für jedes Referenzprojekt einen Referenzbogen aus dem Formblatt „T02a Referenzbogen“ zum Teilnahmeantrag abzugeben und hierüber die Einhaltung der nachstehenden Mindestanforderungen nachzuweisen. Berücksichtigungsfähig sind ausschließlich Referenzprojekte, die die folgenden Anforderungen kumulativ erfüllen: 1. Nachweis eines geeigneten Referenzprojekts aus den letzten zehn abgeschlossenen Geschäftsjahren (Beginn nicht vor dem 01.01.2016) im Zusammenhang mit dem 2. Einsatz der Software einer Verkehrsmanagementzentrale für ein dynamisches, Straßenverkehrsmanagement im europäischen Wirtschaftsraum, 3. mit einem Auftragswert in Höhe von mindestens 300.000 € netto, 4. Voraussetzung ist der erfolgreiche Abschluss der Entwicklung und die Aufnahme des Regelbetriebes des Projekts, 5. Mindestens fünf der sieben geforderten Inhaltskriterien unter nachstehenden lit. a. bis g. können für das Projekt mit „Ja“ beantwortet werden. a. Einsatz eines workflowgestützten Strategiemanagements. b. Erkennung und Bewertung der Verkehrssituation durch kombinierte Nutzung von FC-Daten und Detektordaten. c. Schaltung von zuständigkeitsübergreifenden Verkehrsmanagementstrategien. d. Funktions- und Datenverbund mit mehreren verkehrsmanagementrelevanten Systemen (beispielsweise Verkehrsmanagementzentralen, LSA-Zentralen/„Verkehrsrechner“) von insgesamt drei Herstellern (Bewerber und zwei weitere), von denen mindestens eine als OCIT-C-Schnittstelle realisiert ist. e. Einsatz von selbstlernender KI im Rahmen des Projektes. f. Implementierung von C-ITS Use Cases nach C-Roads Definition g. Vertraglich geregelter Betrieb einer IT-Service-Einrichtung (mindestens Telefonbereitschaft) und Betrieb mit Bereitstellung von 2nd- und 3rd-Level Support Referenzprojekte, die nicht kumulativ die vorstehend unter den Ziffern 1. bis 5. genannten Anforderungen erfüllen, werden nicht berücksichtigt. Mit allen drei Referenzprojekten muss in Summe jedes der sieben Inhaltskriterien mindestens einmal abgedeckt sein. Bewerber, die nicht mindestens drei berücksichtigungsfähige Referenzprojekte nachweisen können und deren drei Referenzprojekte in Summe nicht alle der vorstehenden Inhaltskriterien (vgl. Nr. 5 i.V.m. lit. a) bis g)) erfüllen, werden als ungeeignet vom Verfahren ausgeschlossen.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es ist der Nachweis darüber zu erbringen, dass das Unternehmen im Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates eingetragen ist, in dem es ansässig ist. Ggf. ist zu erklären, dass keine Eintragungspflicht besteht. Der Nachweis ist in Form einer Eigenerklärung unter Verwendung der Datei „T03c_VMS_BW_Erklärung Berufsausübung“ zu erbringen. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist ein Auszug aus dem Handelsregister für den Bewerber bzw. die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Dieser darf nicht älter als drei Monate, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Eingangs der elektronischen Aufforderung des Auftraggebers zur Vorlage des Auszuges sein.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es ist der Nachweis darüber zu erbringen, dass das Unternehmen im Berufsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates eingetragen ist, in dem es ansässig ist. Ggf. ist zu erklären, dass keine Eintragungspflicht besteht. Der Nachweis ist in Form einer Eigenerklärung unter Verwendung der Datei „T03c_VMS_BW_Erklärung Berufsausübung“ zu erbringen. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist ein Auszug aus dem Berufsregister für den Bewerber bzw. die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Dieser darf nicht älter als drei Monate, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Eingangs der elektronischen Aufforderung des Auftraggebers zur Vorlage des Auszuges sein.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen (Kap. 12 der Datei „Verfahrensbrief“) aufgeführt. Der Preis hat eine Gewichtung von 60 %.

Beschreibung: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen (Kap. 12 der Datei „Verfahrensbrief“) aufgeführt. Der Preis hat eine Gewichtung von 60 %.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen (Kap. 12 der Datei „Verfahrensbrief“) aufgeführt. Die Qualität hat eine Gewichtung von 40 %.

Beschreibung: Qualität ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen (Kap. 12 der Datei „Verfahrensbrief“) aufgeführt. Die Qualität hat eine Gewichtung von 40 %.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 21/04/2026

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E86331758>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 10/06/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E86331758>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Zur Vertragserfüllung wird eine Sicherheitsleistungen in Höhe von 5% des Auftragswertes verlangt

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 05/05/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderungen erfolgen nach Maßgabe des § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: 1. Einhaltung Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG Baden-Württemberg 2. Maßnahme wird teilw. über Bundesmittel finanziert, daher sind immer zwei Rechnungen elektronisch zu stellen. 3. AG und AN schließen einen Auftragsdatenverarbeitungsvertrag, soweit datenschutzrechtlich erforderlich 4. Vertragsstrafen für: • Verzug mit Einrichtung des Verkehrsmanagementsystems (bzgl. MVP und Gesamtsystem) • Nichteinhaltung Leistungszusagen Standardsoftwareeinsatz • Nicht vertragskonforme Mangelbehebung • Unterschreitung der geschuldeten Systemverfügbarkeit (auch bezügl. Hardwarekomponenten) • Überschreitung der max. Funktionsübernahmezeit des Standby-Systems Begrenzung der kalenderjährl. Vertragsstrafen auf insg. 5 % des Auftragswertes/Kalenderjahr. 5. Zur Vertragserfüllung wird eine Sicherheitsleistungen in Höhe von 5% des Auftragswertes verlangt

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Auf die Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Nachprüfungsantrages zur Vergabekammer gemäß §§ 160 f. GWB wird hingewiesen,

namentlich auf die Regelung des § 160 Abs. 3 GWB, die folgenden Wortlaut hat: „(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegen-über dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Ministerium des Inneren für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg
Organisation, die Angebote bearbeitet: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg
Registrierungsnummer: 08-A5612-95
Postanschrift: Dorotheenstraße 8
Stadt: Stuttgart
Postleitzahl: 70173
Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)
Land: Deutschland
E-Mail: Registratur5@vm.bwl.de
Telefon: 49 711 89686-0
Internetadresse: <https://www.vm.baden-wuerttemberg.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Registrierungsnummer: 08-A9866-40
Postanschrift: Kapellenstraße 17
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76131
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 721926-3985

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Ministerium des Inneren für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

Registrierungsnummer: DE814678767

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70173

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

E-Mail: service-bw@im.bwl.de

Internetadresse: <https://www.service-bw.de/zufi/lebenslagen/5000290>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 28f38400-599b-4b7a-8ab8-1c0ac0623670 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/04/2026 12:47:48 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 231369-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 66/2026

Datum der Veröffentlichung: 03/04/2026